

Hilfe für Nazis

Die Finanzminister von Bund und Ländern fördern seit 1977 eine Gruppe von Neonazis, zu der einige der gefährlichsten rechtsextremistischen Terroristen der Bundesrepublik zählen. Nach einem internen Erlaß („Nur für den Dienstgebrauch“), der in den letzten Wochen „im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen“ allen Finanzämtern zugeleitet worden ist, sind

„Beiträge und Spenden“ bis zu 600 Mark, bei Ehepaaren bis zu 1200 Mark für die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) steuerlich abzugsfähig. Anführer der ANS ist der ehemalige Bundeswehrleutnant Michael Kühnen, derzeit in Hamburg wegen schweren Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung angeklagt. Daß der Hamburger Finanzsenator Wilhelm Nölling die ANS neben 56 anderen Vereinigungen als steuerlich förde-

rungswürdig einstufen läßt, begründete ein Behördensprecher dem SPIEGEL gegenüber mit dem Hinweis auf das Einkommensteuergesetz, das „Spenden an politische Parteien im Sinne des § 2 des Parteiengesetzes“ begünstigt. Das Parteiengesetz allerdings definiert Parteien als „Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit... an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie... eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten“.

Freispruch für Gaus



Verhandlungspartner Nier, Gaus

Staatssekretär Günter Gaus mußte in der vergangenen Woche eindringliche Fragen des Kanzleramtsministers Gunter Huonker beantworten. Aufgrund von Zeitungsmeldungen war in Bonn der Verdacht aufgetaucht, Gaus habe 1974 ohne Absprache mit Regierungschef Helmut Schmidt zugesagt, die Bundesregierung werde bis zu seiner Ablösung die Ständige Vertretung zur Botschaft aufwerten und auch einen DDR-Botschafter akkreditieren. Das Versprechen soll Gaus dem stellvertretenden DDR-Außenminister Kurt Nier gegeben haben.

Der Chef der Bonner Mission in Ost-Berlin dementierte energisch. Er beschied den für Deutschland-Politik zuständigen Huonker: „Alles Quatsch.“ Er könne sich die Meldungen allenfalls mit einer Verwechslung erklären, denn mit Nier sei seinerzeit der Status der Vertretungen eindeutig bestimmt worden. Darüber hinaus habe es lediglich Gespräche im Zusammenhang mit der

Anbindung der Vertretungen an die jeweiligen Ministerien gegeben.

Zwar sei im Grundlagenvertrag festgehalten worden, daß für die Bonner das Ost-Berliner Außenamt, für die DDR-Vertretung jedoch das Kanzleramt zuständig ist. Nier habe aber, so erinnert sich Gaus, gefragt, ob denn DDR-Diplomaten keinen Zugang zu anderen Bonner Ministerien haben könnten. Seine damalige Antwort: Dies werde sich im Laufe der Zeit von selbst entwickeln.

Die Bonner reagierten auf die jüngsten Berichte so argwöhnisch, weil Gaus schon einmal einen deutschlandpolitischen Alleingang wagte. In einem SPIEGEL-Gespräch im Januar 1977 hatte der Staatssekretär — ohne seine Vorgesetzten vorab zu informieren — die Frage der Staatsangehörigkeit zur Debatte gestellt.

Bonner Deutschland-Experten waren mit der Erklärung von Gaus in Sachen Statusveränderung jetzt allerdings zufrieden.

Kritik aus Paris

Frankreichs Militärs werfen Bonn mangelndes Engagement im Persischen Golf vor. Die Pariser Befehlshaber reagierten mit Unverständnis auf die Erklärung der Bundesregierung, ein Einsatz der Bundeswehr sei aus Verfassungsgründen nur im Verteidigungsfall möglich. In vertraulichen Diskussionen des französischen Führungsstabes, der jetzt nach einem Zerstörer vier Minenjäger und -sucher sowie ein Versorgungsschiff an den Golf abkommandierte, argumentierten die Offiziere, daß bei einer möglichen Sperrung der Straße von Hormuz wegen des Krieges zwischen Irak und Iran durchaus auch die Lebensinteressen der Deutschen betroffen seien.

Mehr Geld für Priester

Der Kreml kommt dem Klerus entgegen: Geistliche aller Religionen brauchen in Zukunft weniger Steuern zu zahlen als bisher. Seit 1961 in die höchste Steuerklasse des Sowjetstaates eingestuft, mußten die Kirchenvertreter oft bis zu 55 Prozent ihres Einkommens an den Fiskus abführen. Jetzt sollen sie in die gleiche Kategorie wie Künstler oder Schriftsteller kommen — eine Steuersenkung um rund 15 Prozent. Von Januar an können Kirchenangestellte zudem an der staatlichen Sozialversicherung teilhaben.

Zitate

„1976 erfuhren wir vierzehn Tage nach der Wahl die wirkliche Lage bei den Renten. 1980 erfuhren wir vierzehn Tage nach der Wahl die wirkliche Lage der Staatsfinanzen. Ich schlage vor, 1984 die Wahlen um vierzehn Tage zu verschieben“ (der SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel).

„Die Bayern haben vor dem Thema Sexualerziehung mindestens ebensoviel Angst wie vor der Atombombe“ (der Hannoveraner Sexualpädagoge Professor Helmut Kentler).